

Sitzend verhandelt

Die

WÄHRUNGSDEBATTE

im

Kabinettsrat.

1945

(28., 29., 30. November und 1. Dezember)

Staatssekretär Dr. Z i m m e r m a n n

berichtet über den Fortgang der Verhandlungen mit den Alliierten über die Währungsfrage.

Das von uns eingesetzte Komitee, erklärt der Staatssekretär, hat um die Anberaumung einer gemeinsamen Sitzung mit der Interalliierten Kommission ersucht. Daraufhin wurde ein Funktionär beauftragt, mit uns zu sprechen. Gestern wurde mir von französischer Seite berichtet, es sei der Beschluß gefaßt worden, daß das Finanzkomitee den Herrn Finanzminister empfangen werde, um die Stellungnahme und die Ursachen zu erfahren, die die Regierung veranlaßt haben, diese Eingabe an den Alliierten Rat zu richten. Ich sollte heute nachmittags  $\frac{1}{2}$  4 Uhr hierüber Bericht erstatten.

Ich habe daraufhin gestern einen Entwurf ausgearbeitet, wie ich mir diesen Vortrag an das Exekutivkomitee vorstelle. (Der Staatssekretär verliest hierauf den Entwurf seines Berichtes an das Finanzkomitee des Alliierten Rates.) Wenn der Kabinettsrat meinen Antrag genehmigt, würde ich heute nachmittags diesen Bericht dem Finanzkomitee vortragen und dann über den weiteren Gang der Verhandlungen berichten. Ich nehme an, daß sich im Finanzkomitee außer eventuellen Aufklärungen zu gewissen Punkten kaum eine endgültige Verhandlung entwickeln wird; es wird dem Alliierten Rat hierüber berichtet. Wir werden in den nächsten Tagen eine Mitteilung erhalten und dann entscheiden müssen, ob wir die Konversion zu dem vorgesehenen Termin durchführen werden oder nicht.

Nach den mir inzwischen zugekommenen Andeutungen werden diese Verhandlungen beim Alliierten Rat kaum zu einem Erfolg führen, sondern es wird notwendig sein, in Verhandlungen mit den einzelnen Mächten einzutreten. Ich glaube aber, wenn die Verhandlungen sich halbwegs günstig anlassen sollen, daß wir an dem Gesetz festhalten sollten. Der Gesetzentwurf, der als den Wünschen der Alliierten entsprechend befunden worden ist, könnte dann am 30. beschlossen und die Konversion rechtzeitig durchgeführt werden. Eine Verschiebung des Termins würde bedeuten, daß wir doch den Beschluß fassen müßten und erst im Jänner zur Durchführung kämen, der wegen der klimatischen Verhältnisse für eine solche Aktion absolut ungeeignet ist. Wir müßten die Angelegenheit wahrscheinlich bis Frühjahr vertagen und die enorme und drängendste

Gefahr des weiteren Hereinströmens unkontrollierter Markmengen auf uns nehmen, was unsere Währung in noch höherem Maße untergraben würde als die sicher zu erhoffende Regelung der Besatzungskosten. Ich habe von einzelnen Seiten bereits die Mitteilung erhalten, daß die Alliierten die Beträge, die sich für sich in Anspruch genommen haben, im Rahmen der Gesamtsumme auf ein Konto der Nationalbank erlegen und nur kleinweise abheben würden. Sie stellen sich vor, daß nur ein Teil für den Umtausch gebraucht würde, und der Rest für Monate ausreichen, vielleicht überhaupt nicht in Anspruch genommen werden wird. Von dem Vertreter der französischen Finanzkommission wurde ich ausdrücklich gebeten, mit Rücksicht darauf, daß dieser Entwurf dem Beschluß des Alliierten Rates entspricht, von jeder Änderung nunmehr abzusehen, mit Ausnahme allfälliger kleiner Änderungen, die an dem Wesen der Sache nichts ändern.

Ich bitte den Kabinettsrat, meinen Antrag zu genehmigen.

Staatssekretär Ing. S c h u m y :

Der ganze Fragenkomplex leidet von vornherein an dem Mangel einer Verquickung der Frage der Besatzungskosten mit der Konversion bzw. der ganzen Währungsreform. Dadurch entsteht eine Lage, die eine aussichtsreiche Konversion, aber auch eine spätere aussichtsreiche Entwicklung der Währungsfrage in Frage stellt. Wir müßten doch auch den Alliierten gegenüber aussprechen, ob nicht die Frage der Besatzungskosten grundsätzlich und bezüglich des Zahlungsmodus separat zu behandeln ist. Grundsätzlich ist schon das letztmal ausführlich dargelegt worden, daß es nicht recht verständlich ist, daß wir Besatzungskosten zahlen, da wir doch kein erobertes, sondern ein befreites Land sind: dazu noch in einem solchen Umfang. Das Kabinett kann jetzt nach den Wahlen schon etwas freier reden. Ich meine daher, daß wir zunächst einmal grundsätzlich in geeigneter Form ablehnen, Besatzungskosten zu bezahlen. Wenn aber die Mächte darauf bestehen, müßten wir ersuchen, daß dieser ganze Komplex gesondert behandelt wird, und wenn solche Kosten zu bezahlen sind, dies im Wege einer Finanzoperation zu regeln sei, wobei ich es als selbstverständlich betrachte, daß bereits in Anspruch genommene Leistungen und Güter der einzelnen Besatzungsmächte einzukalkulieren sind.

- 3 -

Weiter gehört in das Memorandum auch die Tatsache, dass es nicht unsere Schuld ist, dass es bisher zu keiner Bereinigung und nicht einmal zu einer Konversion gekommen ist. Wir müssen bitten, dass die Konversion von den anderen Fragen losgelöst und so rasch als möglich durchgeführt wird, weil ein weiterer Aufschub des Umtausches der Mark in Schillinge nicht mehr verantwortet werden kann.

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Ich halte den Gesichtspunkt prinzipiell für richtig und habe ihn auch in privaten Gesprächen mit den Herren immer betont. Die Sache liegt aber so, dass in den Militärkassen bestimmte Militärschillingbeträge liegen, die die Bestimmung haben, ausgegeben zu werden, und diese müssen wir wohl konvertieren. Es ist also mehr eine prinzipielle Feststellung; ob sie aber einen augenblicklichen Nutzen haben, zweifle ich.

Staatssekretär Dr. Z i m m e r m a n n :

In Italien ist von amerikanischer Seite - dort liegen die Verhältnisse allerdings anders, weil nicht alle Mächte als Besatzungsmächte aufgetreten sind - der Teil rückvergütet worden, der auf Grund der ausgegebenen Besatzungslire tatsächlich verwendet worden ist. Das sind Dinge, die man unmöglich in der kurzen Zeit verhandeln kann, wir können nur prinzipiell auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, die mit der Konversion verbunden sind, und in Verhandlungen eintreten. Doch müssen wir bedenken, dass wir für die Bedürfnisse der Militärverwaltung tatsächlich vorsorgen müssen. Würden die Mächte ihren Leuten den Sold in Auslandsvaluta zahlen, so müssten wir diese Valuta in Noten umtauschen und das wäre zum Schluss nur eine Verschlechterung, denn wir hätten dann eine Auslandsverpflichtung.

Unterstaatssekretär Dr. G r u b e r :

Gewisse Beträge müssen für die Zahlungen sichergestellt werden ohne Rücksicht auf die juristische Sachlage. Dass Rechtsvorbehalte eingelegt werden müssen, ist klar, aber so lange die fremden Truppen hier in Österreich sind, müssen wir diese Beträge prästieren. Jetzt aber müssen wir ohne Hinweis zur Konversion schreiben. Inzwischen wird sich die Verhandlungsposition der österreichischen Regierung wesentlich besser stellen durch die Publizität und zweitens durch die Rückwirkung der Souveränitätsrechte.

Staatssekretär K o r p :

Im Jetzten Kabinettsrat hat Dr. Schärf den Standpunkt der Sozialistischen Partei lückenlos vertreten und ich sehe keinen Anlaß, daß wir heute nach den Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs für Finanzen diesen Standpunkt irgendwie verwässern oder abändern. Die Aufgabe des Herrn Staatssekretärs wird es sein, heute als Referent der Regierung mit aller Deutlichkeit den Standpunkt der Regierung herauszuarbeiten, wobei kein einziges Argument unter den Tisch fallen soll. Die Herren sollen gebeten werden, sich mit diesem Standpunkt der Regierung eingehend zu befassen und es ist zu hoffen, daß sie angesichts der Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit die nötige Zeit dazu finden werden. Wenn der Herr Staatssekretär dann eine Mitteilung bekommen hat, soll sich der Kabinettsrat neuerdings damit befassen. Zweckdienlich wäre es, wenn die einzelnen Parteien vorher einen Bescheid bekommen, damit die Fraktionen schon vorher sich beraten können.

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Ich glaube, die geäußerten Wünsche dahin zusammenfassen zu können, daß der Herr Finanzminister im voraus beauftragt werden soll, die grundsätzliche Auffassung des Kabinetts zur Geltung zu bringen, daß über Besatzungskosten offiziell überhaupt nie gesprochen wurde und daß die Verknüpfung der Besatzungskosten die Währungsreform ohne unser Verschulden ausserordentlich erschwert - weiters, daß das Kabinett den Wunsch hat, daß über die Besatzungskosten und die Rechtsverhältnisse der Besetzung überhaupt ein vertragsmässiges Instrument hergestellt werde, so daß wir wissen woran wir sind. Das müßte bei der Erklärung vorausgeschickt werden (Staatssekretär Ing. S c h u m y : Bei Anerkennung dieses Standpunktes können wir sogleich an die Konversion schreiten und das Versäumte nachholen). Dann kämen die weiteren Punkte 1 bis 4 (verliest dieselben noch einmal). Bei Punkt 1 wäre auszuführen, daß man mit den einzelnen Mächten verhandeln solle, damit sie wenigstens einen Teil der Beträge blockieren.

Zu Punkt 3 könnte gesagt werden, wir übernehmen die Verpflichtung, diese Beträge in das Budget aufzunehmen, wir können uns aber nicht auf Ziffern verpflichten; das müßte erst die kommende Volkvertretung machen.

In Punkt 4 ist eigentlich das Wichtigste, daß sie uns Raten bewilligen sollen.

Unterstaatssekretär Dr. Gruber :

Wir müssen bei der Formulierung daran festhalten, daß wir bereit sind, für die Zahlungsfunktionen der Besatzungsmächte gewisse Schillingbeträge zur Verfügung zu stellen, daß das aber nichts mit der Frage zu tun hat, daß wir irgendwelche Kosten zu bezahlen haben.

Staatskanzler Dr. Renner :

Was wir jetzt zur Verfügung stellen, ist unvorgreiflich der späteren Regelung durch ein solches Vertragsinstrument zwischen den Besatzungsmächten und der provisorischen Regierung, also unvorgreiflich der späteren Verrechnung.

Staatssekretär Korp :

Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Sparkassenverband beauftragt wurde, die Instruktionen, die an sämtliche Sparkassen für die Durchführung der Konversion hinausgehen sollen, schon heute an die Nationalbank abzuliefern, damit die Nationalbank in die Lage kommt, mit Hilfe der Alliierten die Versendung in die Länder durchzuführen. Es wird dabei als sicher hingestellt, daß die Konversion zu dem vorgesehenen Zeitpunkt zustande kommt. Diesen Zeitpunkt können wir aber heute noch nicht festsetzen. Wenn wir aber heute solche Instruktionen hinaussenden, so bedeutet das, daß wir schon jetzt alles der Öffentlichkeit übermitteln. Wenn dann eine Verschiebung der Konversion erfolgen sollte, so ist das eine erhebliche Gefahr, wenn das Publikum schon im vorhinein weiß, was wir im einzelnen planen.

Staatssekretär Dr. Zimmermann :

Die Vorbereitungen müssen so getroffen werden, daß die ganze Sache rechtzeitig starten kann. Dazu ist es notwendig, daß wir die Banknoten in die Länder hinausbringen (Transportmittel). Sie kommen zusammen mit dem Material, das in den Ländern zur Verteilung gebracht werden muß, zu den Nationalbank-Filialen. Solche Vorbereitungen haben mit der Publikation in der Öffentlichkeit nichts zu tun. Daß gewisse Leute mit diesen Agenden befaßt sein müssen, ist selbstverständlich, aber es erstreckt sich nur auf wenige Leute, die bei den Nationalbank-Filialen uns diese Aufstellung liefern mußten.

Staatssekretär K o r p :

Bei jeder Währungsreform soll das Überraschungsmoment ausgenützt werden. Das scheint aber im vorliegenden Fall nicht zuzutreffen, denn wenn Tausende von Leuten in allen Bundesländern auch schon in Einzelheiten über die Blockierung und das Ausmass informiert sind, so heißt das, dass schon alles der Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde. Der springende Punkt aber ist der, daß wir ja heute noch nicht wissen, ob die Konversion wirklich am 13. Dezember gemacht werden wird. (Staatskanzler Dr. R e n n e r : Das Finanzkomitee des Alliierten Rates müste bei der heutigen Vorsprache ersucht werden, mit den Veröffentlichungen etwas vorsichtiger zu sein.)

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Ich glaube, daß wir dem Herrn Finanzminister für seine heutige Vorsprache eine solche Instruktion mit den Zusätzen, die gemacht worden sind, erteilen können. (Zustimmung).

29. November 1945.

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Ich halte es für angezeigt, daß wir jetzt den Bericht des Herrn Staatssekretärs für Finanzen anhören.

Staatssekretär Dr. Zimmermann:

Im Sinne des mir erteilten Auftrages habe ich gestern nachmittag beim Finanzkomitee des Alliierten Rates vorgesprochen und habe dort die Zusammenfassung, die ich gestern vorgelesen habe, mit einer entsprechenden Ergänzung aufgrund der gestrigen Beschlüsse des Kabinettsrates zum Vortrag gebracht. Wie sich die Herren erinnern werden, wurden die Gegenstände, über die wir von den Alliierten Verhandlungen erbeten haben, in fünf Punkten zusammengefaßt.

In dem Texte dieser Zusammenfassung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die österreichische Regierung bereit ist, wenn festgestellt wird, daß ein eigenes Vertragsinstrument die Frage der Besatzungskosten endgültig zu regeln hat, vorschußweise für die unmittelbaren Zahlungsnotwendigkeiten der Besatzungsmächte gegen spätere Klärstellung und Verrechnung diese Beträge zur Verfügung zu stellen.

Daraufhin hat der Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht erklärt, daß er die vorgebrachten Bedenken der österreichischen Regierung verstehe, daß er jedoch darauf aufmerksam machen müsse, daß mehrere Inflationsgefahren bestehen, von denen wohl die wichtigste und drängendste die von der Markseite her ist und daß diese Gefahr durch die Konversion beseitigt werden solle. Wenn sich die Regierung auf den Standpunkt stelle, daß die Frage der Besatzungskosten vorher entschieden sein müsse, ehe man sich zur Konversion entschliesse, so werde diese Gefahr noch lange Zeit fortbestehen, da eine endgültige Bereinigung der Besatzungskostenfrage wohl sehr lange Zeit erfordern werde, weil die Vertreter der Besatzungsmächte für diese Frage nicht die entsprechenden Vollmachten besitzen und Rückfragen und länger dauernde Verhandlungen notwendig sein würden, wobei es überhaupt fraglich sei, ob es im Schoße des Interalliierten Rates möglich sein werde, durch Verhandlungen mit den Regierungen diese Frage endgültig zu klären. Er hätte ferner erfahren, ob sich die Regierung entschließen würde, das Gesetz zu beschließen, auch wenn die Besatzungskostenfrage noch nicht entschieden sei. Ich habe daraufhin erklärt, daß die Regierung Wert darauf legen würde, vor allem den grundsätzlichen Standpunkt anerkannt zu sehen, daß die Besatzungskostenfrage durch ein Sondervertragsinstrument geklärt werden müsse.

Der amerikanische Vertreter hat sich damit vorerst zufrieden gegeben, worauf der Vertreter Englands erklärte, dass er sich hinsichtlich der Vollmachten und der Möglichkeit, zu einem raschen Verhandlungsergebnis über die Besatzungskosten zu kommen, dem Standpunkt seines Vorredners anschliesse. Er selbst sei seitens des Kommandanten der englischen Besatzungstruppen ermächtigt zu erklären, dass die englische Besatzungsmacht dem Staatsamt Aufstellungen über die Höhe der von ihnen benötigten Notenmengen zur Verfügung stellen werde, woraus zu ersehen sein werde, welcher Teilbetrag von den insgesamt für militärische Zwecke u.zw. für die englische Besatzungsmacht bestimmten Beträge im Rahmen dieser 2 Milliarden bei der Nationalbank abzurufen sein werde. Im Sinne einer früher durchgesickerten Mitteilung kann man annehmen, dass das ein bescheidener Betrag, ich glaube höchstens 100 Millionen, sein werde und dass er mit diesem Betrage bis zu 6 Monaten das Auslangen finden dürfte.

Die Aufforderung des Vorsitzenden an den Vertreter der russischen Macht, ob er einen Frage zu stellen oder eine Bemerkung zu machen habe, wurde negiert.

Der Vertreter Frankreichs, der den Vorsitz führte, hat nun darauf hingewiesen, dass aus den bereits abgegebenen Erklärungen zu ersehen sei, dass die Vollmachten der Vertreter der Alliierten nicht so weit reichten, dass diese Verhandlungen schon jetzt zu einem Ergebnis führen könnten, das der Regierung eine volle Garantie in den von ihr gewünschten Fragen zu bieten vermöchte. Er könne aber namens aller zusichern, dass die Erklärungen, die dem Finanzkomitee abgegeben worden seien, vollinhaltlich und wortgetreu den Chefs sämtlicher Alliierten Mächte, also auch dem Alliierten Rat als solchem vorgelegt und zur Kenntnis gebracht werden. Er hat darauf hingewiesen, dass es vielleicht gut wäre, in irgendeiner konkreten Form über die Art der Durchführung zu sprechen, in der sich die österreichische Regierung die Blockierung vorstellt.

Ich habe erklärt, dass wir uns für die Zivilbevölkerung eine Behandlung analog den Bestimmungen des Schaltermgesetzes denken,

was einerseits die Kopfquote von 150 Schilling, andererseits die Blockierung umfasst und dass ich mir das in der Weise vorstellen könnte, dass die Beträge für die einzelnen Besatzungsmächte, die für diese Zwecke bestimmt sind und gewissermassen nur bereit gehalten werden müssten, bei der Nationalbank hinterlegt würden und dass dann die vorschussweise den Alliierten zur Verfügung zu stellenden Notenmengen dann nur in dem wirklichen Umfang des Bedarfes abzuheben wären, sodass der Rest bei der Nationalbank liegen bliebe und die endgültige Regelung das Sondervertragsinstrument zu treffen hätte, in welchem Umfang auf diese Beträge zu greifen wäre.

Der Versuch, die Debatte weiter in Gang zu bringen, ist dann gescheitert. Ich wurde schliesslich um meine Meinung über den weiteren Fortgang gefragt und habe erklärt, dass ich heute dem Kabinettsrat über die gestrige Verhandlung berichten und dass der Kabinettsrat Gelegenheit haben werde, zu dem Gesetz Stellung zu nehmen und es zu beschliessen oder nicht zu beschliessen. Ich habe darauf hingewiesen, dass dabei sicherlich auch die Hilfsbereitschaft aller vier Besatzungsmächte Österreich gegenüber, das ja als befreites Land anerkannt sei, Bedacht genommen werde.

Daraufhin wurde die Sitzung unterbrochen, ich selbst war entlassen. Es fand dann ein kleiner Tee statt, bei dem ich Gelegenheit hatte, mit dem amerikanischen Vertreter, Oberst Marget, zu sprechen. Er sagte mir, er hielte es für sehr wichtig, dass man den ersten Schritt, der jetzt möglich wäre, unternehme, weil die Gefahr der Schädigung unserer Noten durch die Marknoten eine ungeheure sei und dass er sich den weiteren Vorgang so vorstelle, dass man zugleich mit der Übermittlung des Gesetzesbeschlusses, wenn er heute beschlossen würde, eine Noten an den Alliierten Rat richten möge, am besten vom Herrn Staatskanzler gefertigt, in der auf die neuerlich dem Rate durch meinen gestrigen Vortrag vorgebrachten Erwägungen der Regierung hingewiesen und unserem Wunsche Ausdruck gegeben wird, die Frage der Besatzungskosten durch gesonderte Verhandlungen einer endgültigen Bereinigung zuzuführen, wobei er sagte, dass diese Verhandlungen dann immer wieder entsprechend betrieben werden müssten, um zu einem gedeihlichen Ergebnis geführt zu werden.

Es hat mich dann der Vorsitzende, der Vertreter Frankreichs, noch hinunter begleitet und hat bei der Gelegenheit seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, dass es wohl in der heutigen Situation das Beste wäre, die nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Alliierten und mit den Experten Österreichs zustandegebrachte Möglichkeit der Loslösung des österreichischen Schillings von der Mark durchzuführen und nicht eine bessere Lösung, die unter den gegebenen Verhältnissen eben nicht möglich sei, unbedingt schon jetzt erreichen zu wollen.

Ich selber habe reiflich über die Sache nachgedacht, ob das eine geeignete Grundlage ist, um zu diesem Gesetz, das konkret zur Erwägung steht, und somit zur Konversion zu den früher in Aussicht genommenen Terminen zu kommen, und ich muss sagen, dass wir einem Phantom nachlaufen würden, wenn wir eine endgültige Regelung der Währungsfrage jetzt anstreben wollten. Es wäre auch ein Phantom zu glauben, dass wir in kurzer Zeit zu einer befriedigenden Lösung der Besatzungskostenfrage kommen können. Sicher werden das langwierige Verhandlungen sein und es ist sehr die Frage, ob wir günstiger daran sind, wenn wir eine solche Verhandlung unter Termindruck führen. Wenn wir die Konversion verschieben, so müssen wir uns klar sein, dass wir sie im Winter kaum mehr durchführen werden können. Bei der heutigen Situation ist die Gefahr einer weiteren Zuführung von Marknoten nach wie vor ganz eminent und wir müssen dieser Gefahr unbedingt einen Riegel verschieben.

Ich bin daher der Meinung, dass wir das Gesetz beschließen müssen, um die grossen Gefahren zu beseitigen, und dass wir mit allem Nachdruck die Verhandlungen, die nunmehr doch offiziell eingeleitet sind, weiterführen müssen. Ich glaube, dass es vielleicht gut wäre, das Gesetz mit einer Begleitnote an den Alliierten Rat zu leiten, wobei in dieser Note auf unseren Standpunkt hingewiesen und um entsprechende Förderung dieses unseres Standpunktes gebeten würde, und dass gleichzeitig der Herr Kanzler den einzelnen Delegationen entweder schriftlich oder mündlich unseren Standpunkt klarlegt und ihre Hilfe zu erwirken trachtet, die vielleicht leichter zu erreichen sein wird, als im Zuge der Alliierten-Verhandlungen, die oft recht spießig verlaufen. Auf Antrag des Staatssekretärs Dr. Schärf wird hierauf die Sitzung unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Staatssekretär Ing. S c h u n y :

Wir sind einhellig der Auffassung, dass das Gesetz dringlich ist und ein weiterer Aufschub nicht mehr verantwortet werden könnte. Wir wünschen daher die unverzügliche Inkraftsetzung des Gesetzes.

In der Begleitnote müsste als wesentlicher Punkt festgehalten werden, dass nach unserem Ermessen vom Rechtsstandpunkt aus eine Leistung von Besatzungskosten uns nicht auferlegt werden kann. Dieser Rechtsstandpunkt muss im Interesse des Ablaufes späterer Verhandlungen ausdrücklich unterstrichen werden. Soweit aber vorläufig Zahlungen zu leisten sind, so sollen sie womöglich nicht im Zusammenhang mit der Konversion vereinbart, sondern im Wege von Kreditoperationen durchgeführt werden. Und nur soweit es sich zeigt, dass eine solche getrennte Behandlung im Wege von Kreditoperationen nicht durchführbar ist und die Gefahr einer Verschleppung der Gesetzgebung mit sich brächte, sind solche Verhandlungen, wenn möglich zeitlich limitiert, aufzunehmen.

Wir hätten noch den weiteren Wunsch, dass nach der Konversion vom Staatsamt für Finanzen noch weitere Massnahmen, die über die Blockierung hinausgehen und die Möglichkeit schaffen, inflatorische Tendenzen zu unterbinden, ständig wahrzunehmen und unverzüglich der kompetenzmässigen Beschlussfassung zuzuführen sind.

Unterstaatssekretär Dr. G r u b e r :

Ich habe in einer Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär Korp den Eindruck gewonnen, dass einer der Gründe für eine gewisse Gegnerschaft darin liegt, dass bisher kein einheitlicher Gesamtplan für die ganze Durchführung vorliegt. Ich hielt es deshalb für angezeigt, dass ein kleiner Unterausschuss sofort im neuen Parlament zusammen mit dem Finanzminister und dem Nationalbankpräsidenten den weiteren Ablauf der Operationen berät und terminiert. Ich glaube aber nicht, dass man deshalb die Inkraftsetzung dieses Gesetzes aufhalten kann.

Staatssekretär Dr. S o h ä r f :

Unsere Bedenken sind durch den Bericht des Herrn Staatssekretärs für Finanzen nicht zerstreut worden. Das Argument, dass es

nicht möglich sei, im Jänner oder Februar den Umtausch der Noten auf dem Lande durchzuführen, teile ich nicht. Die Umtauschaktion dauert mindestens eine Woche und im Verlaufe von 8 Tagen werden die Leute auch im Winter, wo die landwirtschaftlichen Arbeiten grösstenteils ruhen, auch in den entlegendsten Teilen Gelegenheit haben, den Umtausch vorzunehmen.

Die Argumente, die ich das letzte Mal vorgebracht habe, sind meines Erachtens nicht entkräftet worden. Wir können als demissionierte Regierung absolut nicht einen so entscheidenden Beschluss fassen, vor allem aber können wir als demissionierte Regierung nicht hinter dem Rücken des Volkes geheim eine derartige Staatsschuld auf uns nehmen. So etwas erfordert eine offene Diskussion und ein Gesetz in dem das darinnen steht. Heimlich lässt sich so etwas nicht machen. Aus diesem Grunde sind wir gegen die Erledigung dieses Gesetzes.

Staatssekretär F i s c h e r :

Wir sind zwar im Parlament eine ganz kleine Gruppe, müssen aber doch erklären, dass wir es für unmöglich halten, dass eine demissionierte Regierung ein solches Gesetz beschliesst. Es kann nur von dem neuen Parlament beschlossen werden. Wir können jetzt nicht hinter dem Rücken des Volkes eine so weitgehende und gefährliche Massnahme treffen, die dem Volke vorgaukelt, dass ein Schilling geschaffen werden soll, wobei aber allen klar ist, dass das kein Schilling ist, dass er mit der Inflation beginnt und mit der katastrophalen Inflation enden müsste.

Unterstaatssekretär Dr. G r u b e r :

Das ganze Verfahren würde mir einleuchten, wenn ich mir versprechen könnte, dass sich dadurch unsere Verhandlungsposition bessern würde. Das erkenne ich aber nicht, solange wir mit dem Alliierten Rat zu tun haben. Eines ist vollkommen klar: die Zahlungsfunktionen für die Beträge, die die Besatzungsmächte brauchen, müssen sichergestellt werden, ob so oder so. Es dreht sich nur darum, wie das verrechnet werden wird. Wenn wir den

Rechtsvorbehalt vorbringen, dass wir in keiner Weise anerkennen, dass wir zu Besatzungskosten verpflichtet sind, sondern dass wir uns eine Rückverrechnung vorbehalten, dann haben wir für die künftigen Verhandlungen nichts verloren. Das ganze würde nichts anderes bedeuten als die Hinausschiebung des Beginns der ersten Phase, um die wir nicht herauskommen werden. Der sofortige Sprung vom heutigen Zustand auf einen Zustand mit stabilisierter Währung ist technisch unmöglich. Das Problem muss von der Warenseite aus angegangen und kann nur stufenweise einer Lösung zugeführt werden. Es wäre besser gewesen, der neuen Währung einen anderen Namen als Schilling zu geben. Da aber die Noten schon gedruckt sind, bleibt wohl nichts anderes übrig.

Ich möchte, damit wir alle Möglichkeiten erschöpft haben, doch noch vorschlagen, dass wir noch in einem kleinen Komitee den Versuch unternehmen, eine Einigung bis morgen zu erzielen.

---.---.

Staatssekretär Dr. S c h ä r f :

Mancher von den auswärtigen Politikern, die hier gewesen sind, hat erklärt, er halte das für unmöglich. Wenn wir das heute machen, so haben wir eine Fleissaufgabe der Militärs erfüllt. Wenn wir einmal die 2 Milliarden aus der Hand gegeben haben, wird keine Regierung mehr darauf verzichten.

---.---.

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Ich glaube, der Herr Finanzminister müsste doch noch einmal versprechen und den ganzen Ernst der Frage darlegen und den Herren erklären, dass wir ausserdem einen Appell an die Regierung selbst richten werden.

Unterstaatssekretär Schneidmader

Die Behandlung, die die österreichische Regierung durch vier sogenannte Finanzfachleute erfährt, ist einfach unwürdig. Es ist überhaupt nicht möglich, mit den Herren in Verhandlungen einzutreten, sie empfangen nur den zuständigen Ressortchef, den sie wieder mit einer Botschaft zu uns zurückschicken. Ich kann mir vorstellen, daß die vier Herren auch ihren Regierungen gegenüber in eine nicht gerade günstige Position gekommen sind. Man wird sie fragen: wie habt ihr operiert, daß ihr nicht imstande seid, das durchzuführen? Ich glaube, wir kommen in eine bessere Situation, wenn wir jetzt hart bleiben und den Weg gehen, den der Herr Staatskanzler vorgeschlagen hat, und wenn wir die Regierungen wissen lassen, daß man mit uns als Regierung überhaupt noch nicht gesprochen hat. Wenn das Finanzkomitee einen so großen Wert darauf legt, daß diese Währungsreform gemacht wird, dann soll es vorerst auf eigene Verantwortung einen alliierten Schilling schaffen und nicht den österreichischen Schilling kompromittieren.

Unterstaatssekretär Dr. Gruber

Es handelt sich nicht darum, daß wir den Alliierten einen Gefallen tun, sondern daß wir so rasch als möglich die Abkoppelung von der Markwährung erreichen. Eine sofortige Stabilisierung der Währung zu machen, ist unmöglich. Die Nichtverabschiedung des Gesetzes würde praktisch die Hinausschiebung einer Sache bedeuten, die sich nicht verbessern kann, weil wir die Zahlung auf jeden Fall prästieren müssen. Wenn die Alliierten mit ihren eigenen Zahlungsmitteln auftreten, dann ist der Schilling auf jeden Fall erledigt. Wir müssen jedenfalls den Rechtsvorbehalt machen und sagen: für die Zahlungsfunktion bekommt ihr die Beträge, aber Österreich lehnt es ab, Besatzungskosten zu bezahlen. Wir erklären, daß wir uns die Rückverrechnung dieser Beträge mit ihren Regierungen vorbehalten.

Ich bin auch absolut dafür, daß wir es sämtlichen Regierungen notifizieren. Ich kann mir nur nicht vorstellen, daß wir mit dem Zeitaufschub etwas gewinnen. Ich würde daher nochmals den Vorschlag machen, wenn Sie jetzt nicht zustimmen können, ein Subkomitee einzusetzen,

das den Versuch macht, die Schwierigkeiten zu überbrücken, und daß wir nocheinmal versuchen, mit dem Alliierten Rat Fühlung zu nehmen. Wenn das zu keinem Ergebnis führt, sollte das Gesetz ohne Verzug in Kraft treten.

Staatssekretär Dr. Zimmermann:

Ich darf noch bemerken, daß die Einhaltung der in Aussicht genommenen Termine unbedingt erfordert, daß der Alliierte Rat morgen dazu Stellung nehmen kann. Er kommt bekanntlich nur alle 10 Tage zusammen. Es müßte ihm also heute noch die Mitteilung zukommen, damit der vorgeschriebene Weg betreten werden kann, zunächst Exekutivkomitee und dann Alliiertes Rat. Es ist also für weitere Verhandlungen kaum mehr Platz und von weiteren Verhandlungen ist auch nichts zu erhoffen, denn es ist nicht so, daß die Alliierten ein Interesse daran haben, daß wir unseren Schilling gegen die Gefahr der schwarzen Markeinfuhr schützen, sondern es handelt sich darum, daß wir ein Interesse haben, uns abzuschirmen gegen die Mark und die weitere Inflationsgefahr, die wir in den Besatzungskosten sehen, und die nur gebremst werden kann durch entsprechende Verhandlungen mit den Alliierten; das würde zweckmäßigerweise durch den Herrn Staatskanzler selber in die Wege zu leiten sein. Ich bemerke noch, daß die Zahlungen nur vorschußweise geschehen und die Beträge, die die Besatzungsmächte heute in Händen haben, interalliierte Schillinge sind, die hier gesetzliche Zahlungsmittel sind und ohneweiteres ausgegeben werden können.

Staatssekretär K o r p:

Eine weitläufige Diskussion kann an unserem Standpunkt nichts mehr ändern. Ich darf aber noch darauf aufmerksam machen, daß die Konversion unmittelbar vor Weihnachten auch keine angenehme Tatsache ist. Technisch ist sie genau so anfangs Jänner durchführbar, wenn die Zwischenzeit benützt wird, um vielleicht einmal festzustellen, was schon längst hätte geschehen sollen, ob die Parteien auch im allgemeinen über die Währungsreform und die damit zusammenhängenden Maßnahmen einigermaßen übereinstimmen. Wir müssen den Vorwurf erheben, daß man uns hier immer nur mit technischen Detailfragen befaßt und

man niemals auf die Kernfragen eingegangen ist, was außer der Konversion noch zu geschehen hat. Vielleicht kommt man einen Schritt weiter, wenn man einmal festlegt, was wird - vielleicht sogar gleichzeitig bei einem verbesserten Schillinggesetz - mit der Konversion bezüglich der Abschöpfung geschehen, in welchem Zeitraum wird der nächste Schritt erfolgen? Es ist ein nicht ruhig hinzunehmender Zustand, daß die Alliierten uns einfach vorschreiben, welche zaghaften Schritte wir unternehmen dürfen, und dabei uns noch diese enormen Auflagen mit auf den Weg geben. Wenn man in der ausländischen Presse liest, daß jetzt, nachdem das österreichische Volk sich eine neue Regierung gegeben haben wird, diese auch weitere Vollmachten bekommen muß, muß man mit Fug und Recht erwarten, daß diese Zusage wirklich erfüllt werden wird und nicht eine so engherzige Bevormundung weiterhin erfolgt, wie sie uns jetzt zuteil wird. Es muß doch möglich sein, in einer solchen Lebens- und Existenzfrage das Gewissen der alliierten Regierungen aufzurütteln, und ich bin überzeugt, wenn man den Plan, den man uns hier präsentiert hat, in ernst zu nehmenden ausländischen Blättern veröffentlichen würde, würde ein Sturm der Entrüstung durch alle Kreise gehen, die sich noch einige wirtschaftliche Vernunft bewahrt haben. Wir haben nicht die Absicht, jetzt schon zu kapitulieren. Vielleicht wird man einmal begeben müssen, aber nicht ehe alle Mittel erschöpft sind. Wir überantworten ein gutes Erbe der kommenden Regierung, wenn wir hart bleiben und nicht jetzt leichtfertig eine Verantwortung auf uns nehmen, für die wir dann vielleicht die ernstesten Rügen im kommenden Parlament uns werden gefallen lassen müssen.

Unterstaatssekretär Dr. Gruber :

Ich habe mich seit Tagen bemüht, mit den politischen Beratern in dieser Frage Fühlung zu nehmen, und konnte feststellen, daß sie sich mit den Finanzexperten in voller Übereinstimmung befinden. Über die Beträge kann man reden. Was die Engländer und Amerikaner bekommen, sind angesichts des Umlaufes von 5 Milliarden geringe Beträge. Ich schlage vor, daß man in einem kleinen Kreis noch einmal die Frage berät, ob sich nicht ein Einvernehmen zwischen den Parteien erzielen lasse.

Wir zümen das Pferd beim Schwanz auf. Die Fange steht und fällt mit der Herabsetzung der Besatzungstruppen. Das neue Parlament muss einen Generalvorstoß unternehmen, daß die Besatzungstruppen sofort auf einen tragbaren Stand herabgesetzt werden. Dann verschwinden auch automatisch die hohen Ausgaben dafür.

Staatssekretär K o r d :

Das Führungssystem eignet sich kaum zu einer solchen unvorbereiteten Diskussion, wie sie jedesmal im Schoße des Kabinetttarates stattfindet, sondern wie das Institut für Konjunkturforschung eine sehr interessante Abhandlung verfaßt hat, deren Schlussfolgerungen wir allerdings nicht decken, genau so wäre es notwendig gewesen, daß uns die zuständigen Herren, vor allem der Herr Staatssekretär für Finanzen, einmal ein abgerundetes Bild über die Lage und die Reformen, die er durchführen will, gegeben hätte. Wir lesen heute in den Zeitungen, daß in anderen Ländern nicht mit einem kleinen Zipfelchen angefangen, sondern zunächst ein kräftiger Schnitt gemacht wird. Es mag sein, daß später noch weiterschnitten werden muß, weil man ein solches Problem nicht auf den ersten Anhieb lösen kann.

Richtig ist, daß die Besatzungskosten herabgesetzt werden müssen, aber am meisten bedrückt es uns, daß die Alliierten uns mit einer Erbschaft belasten wollen. Sie werden freilich sagen, wir sollen es nicht so tragisch nehmen, und damit beruhigen sie sich. Wir beruhigen uns aber nicht. Herr Unterstaatssekretär Dr. Gruber hat gesagt, jetzt bekommen wir 5 Milliarden österreichische Schillinge. Selbstverständlich muß in absehbarer Zeit ein zweiter Schnitt erfolgen, das nennt er die zweite Konversion. Wir müssen uns damit abfinden, daß der österreichische Schilling, den wir jetzt schaffen, nichts wert ist, er muß erst dann auf einen Wert gebracht werden.

Nun kommt die Gefahr: Wenn diese 2 Milliarden nicht auf die Besatzungstruppen aufgeteilt und in unseren Umlauf gebracht werden, wobei sie den größten Unfug stiften würden, wer gibt uns dann die Gewähr, daß wir bei der nächsten Konversion diese 2 Milliarden in die Zange bekommen? Leicht wird es sicherlich nicht sein. Der Herr Finanzminister wird dann die österreichischen Staatsbürger im Interesse der Stabilisierung der Währung schöpfen müssen. Er wird sagen müs-

sen: Die 5 Milliarden müssen auf eine Milliarde reduziert werden. Nehmen wir an, es kommt zu einer 80%igen Abschöpfung. Glauben Sie, daß wir dann auch die Schillinge, die dann die Alliierten Mächte horten, werden abschöpfen können? Je mehr wir dann die im Besitz der österreichischen Staatsbürger befindlichen Barmittel abschöpfen, umso wertvoller wird das, was die Alliierten Mächte bei sich gehortet haben. (Unterstaatesekretär Dr. Gruber: Dann werden wir neue Noten ausgeben.) Nächster Schritt: Der Herr Finanzminister wird sagen müssen: Diese zweite Konversion ist auch noch nicht alles; jetzt kommen die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachsabgabe. Glauben Sie, daß wir die Alliierten damit werden erfassen können?

Was immer Sie sich ausdenken, die Alliierten werden bei jeder Maßnahme ausrutschen und je mehr wir Opfer auf uns nehmen, und je mehr wir uns im Schweiße unseres Angesichtes bemühen, wir werden immer dafür arbeiten, daß die 2 Milliarden mehr wert werden. Nun sagen Sie wir werden neue Noten machen. Das heißt: wir sehen jetzt schon, daß wir in einen Währungswirrwarr hineinkommen.

Wir wollen nun alle Mittel ausschöpfen. Es rentiert sich vielleicht doch, wenn wir starke Nerven behalten, um diesem Dilemma zu entrinnen. Wenn man sagt, wir können dieses Hereinströmen der Mark nicht mehr ertragen, so sage ich: das ist doch ein wenig übertrieben. Wir leben heute nur von den Resten der Autorität, die wir uns bewahrt haben, die es uns ermöglichen, die Preise und Löhne zu halten. Und wenn noch ein paar Hundert Millionen <sup>Mark</sup> hereinkommen, müssen wir alles daransetzen, damit die Preise und Löhne uns nicht davonrennen. Es sind schon namhafte Opfer von den Arbeitern gebracht worden. Es kommt uns zugute, daß dieses kärgliche Existenzminimum zum großen Teile von den Zuschüben der Alliierten her stammt, wofür wir auch nicht mehr bezahlen als die inländischen Stopppreise. Wir können nur weiterwursteln, wenn wir die einheimische Landwirtschaft dazu bringen, aus ihren restlichen Beständen das herzugeben, was zur Erfüllung der kärglichen Rationen in den nächsten Monaten notwendig sein wird. Solange wir nicht zu einer gesunden Währung kommen, wird nicht das Geld die Ware herauslocken, sondern unsere gesetzlichen Maßnahmen, die Erfüllung der Ablieferungspflicht und die Importe der Alliierten werden hier maßgebend sein. Es wäre uns auch lieber, wenn wir den wirtschaftlichen Motor Geld schon jetzt in Bewegung setzen könnten.

Aber das ist gegenwärtig nicht möglich. Wenn man uns einen solchen Motor in die Hand geben will, der in kurzer Zeit zu Kurzschlüssen führen muß, so verzichten wir darauf und wünschen nicht, daß die Provisorische Regierung sich zu einem so gefährlichen Schritt entschließt. Wenn wir bei den Alliierten nicht mehr erreichen, dann bleibt nichts anderes übrig, als das ganze Problem vor die Nationalversammlung zu bringen. Wenn sie den Mut dazu hat, dann soll sie sich einen Mühlstein um den Hals hängen.

Staatssekretär Ing. R a a b :

Es ist sehr leicht, sich in eine gewisse Pose zu werfen, aber das Volk wird uns nach dem Resultat der ganzen Sache beurteilen. Wir sind kein besetztes Land, sondern ein befreites Land und wir werden an die Alliierten sicherlich etwas zahlen müssen. Was ist dann, wenn das jetzt verschoben wird und im Jänner wieder verschoben wird, weil doch erst der Nationalrat des Gesetz wird beraten wollen, wenn inzwischen die Lawine der Inflation losgeht? Wer trägt dann die Verantwortung? Das Gesetz beinhaltet nur die Auswechslung der Noten, damit nicht neue Mark hereinkommen. Daß den Truppen etwas gegeben werden muß, ist klar. Über den inneren Wert der Mark täuscht sich doch niemand. Sie müssen bedenken, welche Verantwortung Sie mit der Ablehnung des Gesetzes übernehmen. Sie sagen, daß an den Löhnen und Preisen gerüttelt werden wird. Aber wenn die Lawine einmal ins Rollen kommt, dann verlieren wir mehr als die 2 Milliarden Mark Umlauf, denn dann verlieren wir die gesamten Ersparnisse des Volkes zu 100%.

Staatssekretär Dr. Zimmermann :

Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Korp sind hochinteressant, sie leiden aber an dem Fehler, daß sie alle Probleme, die mit der Währung, der Wirtschaft und so weiter zusammenhängen, auf einmal lösen wollen. Sie verlangen von mir ein Programm aller Maßnahmen nach Zeitterminen, geben mir aber nicht die Möglichkeit, die Grundlage zu haben, auf der man vernünftigerweise ein solches Programm aufbauen kann. Wir müssen doch zuerst einmal wissen, wie groß der Umlauf ist, wieviel aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Deutschland und Jugoslawien hereingeströmt ist. Man erfährt nur,